

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

2/XXII/206

Bad Godesberg, den 26. Oktober 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
3	<u>Haushalt 1968</u>	83
	Spiegelbild unserer Wirklichkeit Im Zeichen der mittelfristigen Finanzplanung Von Max Seidel, MdB	
3	<u>SCHILLER</u>	24
	Das Bemühen um den Ausgleich	
4 - 5	<u>Griechisches Kaleidoskop</u>	59
	"Wozu brauchen wir Wehnen?" - Englöckliche Botschafter Kommt der "Wasser-Griechenland" ? Von Dr. Basil P. Kashiopolos	
ANHANG: 6	<u>OKTOBER 1967</u>	45
	Zu einem Buch von Georg Scheuer	

\* \* \*

Haushalt 1968  
-----

Spiegelbild unserer Wirklichkeit  
Im Zeichen der mittelfristigen Finanzplanung

Von Max Seidel, MdB

Vor vier Monaten hatte der Bundestag den Bundeshaushalt 1967 verabschiedet. Jetzt liegt dem Parlament bereits der neue Entwurf des Bundeshaushaltes 1968 vor. Diese rasche Arbeit der Bundesregierung ist bemerkens- und aner kennenswert. Schließlich mußte der neue Haushaltsentwurf mit der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes 1967/71 und zwei Finanzänderungsgesetzen zugleich erarbeitet und vorgelegt werden. Dieser zeitliche Gewinn der Einbringung des Haushaltes hat keineswegs nur formale Bedeutung. Gelingt es dem Bundestag, Anfang des Jahres 1968 den Bundeshaushalt zu verabschieden, dann wird sein früherer Vollzug besonders den konjunkturpolitischen Bemühungen der Bundesregierung zugute kommen.

Dieser Bundeshaushalt 1968 ist der erste, der unter den Zeichen und Zielen der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes steht. In der Folge wird das selbstverständlich sein. Es hat sehr lange gedauert, bevor die Einsicht sich durchsetzte, daß es ohne Finanzvorausschau und Finanzplanung auf eine mittelfristige Zeit nicht mehr geht. Wer jetzt die finanziellen Folgewirkungen aus der finanzpolitischen Bestandsaufnahme überdenkt, wird zugeben müssen, es war fast "fünf vor zwölf", als das längst fällige Instrument der mittelfristigen Finanzplanung geschaffen wurde; so dramatisch hat sich die finanzpolitische Situation der Bundesfinanzen zuge spitzt. Hier liegt auch ein wesentlicher Grund, warum die SPD die Regierungsverantwortung mit übernahm. Sie konnte und durfte es nicht zulassen, daß unser junger Staat aus der politischen Unfähigkeit der Regierung Erhard-Mende finanzpolitische Probleme zu lösen, in die finanzielle Anarchie geriet. Die politischen Folgen wären unüberschbar geworden. Dazu kam noch, daß verhindert werden mußte, daß die "Sozialen Ballastabwerfer" einen Generalangriff auf unser soziales Leistungssystem erfolgreich durchführen.

Diese Gefahren sind beseitigt. Jetzt gewinnen wir die Kontroll-

le über die Staatsaufgaben der nächsten Jahre. Um die gesteckten Ziele, wirtschaftspolitisch "den Aufschwung nach Maß" und finanzpolitisch "Ordnung der Bundesfinanzen", ungefährdet zu erreichen, sind harte steuer- und sozialpolitische Entscheidungen unausweichlich geworden.

Halten die Regierungsparteien das jetzt festgelegte Konzept durch, wird in naher Zukunft die finanzielle Bewegungsfreiheit erreicht, die allein es ermöglicht, den Nachholbedarf an dringlichen Gemeinschaftsaufgaben zu befriedigen.

Sehr hart ist das, was in Durchführung der mittelfristigen Finanzplanung den "kleinen Mann" an Belastungen zugemutet wird. Kein Sozialdemokrat im Bundestag stimmt dem leichten Herzens zu. Nur die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag, durch die Wahl von 1965 geschaffen, lassen vorstellbare bessere sozialere Detailsentscheidungen nicht zu. Doch ohne jegliche Belastung des kleinen Mannes wäre es auch unter einer SPD-Regierung nicht ausgegangen. Es ist das gute Recht der Betroffenen, die Maßnahmen der Großen Koalition zu scheitern. Für die Regierung und das Parlament müssen sich zu Entscheidungen durchringen.

Der Haushaltsausschuß des Bundestages steht jetzt vor der Bewältigung eines großen verantwortungsvollen Arbeitpensums. Die Finanzänderungsgesetze müssen am 1. Januar 1968 in Kraft treten, wenn der Bundeshaushalt 1968 nicht ins Schwimmen geraten soll. Vielleicht gelingt es dem Ausschuß, in der Einzelberatung der 30 Gesetze einiges an den harten Einsparungsmaßnahmen abzumildern.

Der Bundeshaushalt mit seinem Gesamtvolumen von rund 80 Milliarden DM ist durch den "Schraubstock" der mittelfristigen Finanzplanung gegangen und man könnte meinen, nun sei für den Haushaltsausschuß des Bundestages nicht mehr viel zu tun, wenn er seine Einzelberatungen aufnimmt. So ist es nicht. Es bleibt seine Aufgabe, jede Einzelposition des Etats auf seine Notwendigkeit und die Höhe der Summe scharf zu überprüfen. Die vorgesehene Endsumme des Haushalts darf nicht überschritten werden. Innerhalb des Etats aber muß der Rotstift Bewegungsfreiheit haben unter Berücksichtigung zweier gewichtiger Ausnahmen. Es darf keine Kürzung im Bereich der Investi-

tionsausgaben geben, und es darf keine Beeinträchtigung der Leistungen des Bundes für Berlin eintreten. Vielleicht gelingt es dem Haushaltsausschuß, mit seinem Rotstift Einsparungen von solchem Umfang zu erzielen, um den Notruf des Bundesrates, die Ergänzungszuweisungen an leistungsschwachen Ländern zu erhöhen, Rechnung zu tragen. Noch ist es zu früh, die Einzelpläne des Bundeshaushaltes hier kritisch anzugehen. Das wird anläßlich der Ausschußberatungen geschehen.

Bis die Finanzänderungsgesetze und der Bundeshaushalt 1968 vom Parlament verabschiedet sind, wird es noch viele Vermutungen über die Haltbarkeit und das Durchstehvermögen der Großen Koalition geben. Zu ungewohnt ist manchen noch immer diese Bundesregierung Kiesinger-Brandt und zu spannungsgeladen erscheint der Aufgabenbereich, den die Große Koalition ausgesetzt sei. An diese Vermutungen muß man sich gewöhnen. Dem steht klar entgegen, daß die Regierungsparteien gewillt sind, bei steter Verständigungsbereitschaft das von ihnen erklärte Regierungsprogramm vom 13. Dezember 1966 zu verwirklichen. Undan dieser Gesamtleistung wird der Wähler einst die Große Koalition beurteilen.

+ + +

#### S C H I L L E R

#### Das Bemühen um den Ausgleich

sp - Der für Montag vorgesehene Streik in der Metallindustrie von Baden-Württemberg ist zunächst verschoben. In einigen Teilbereichen wurde zwischen den beiden Tarifpartnern Einigung erzielt, über noch strittige Komplexe wird weiter verhandelt. Die Teileinigung erfolgte nach einer zwanzigstündigen Verhandlung, die von allen Teilnehmern das Äußerste an physischer und psychischer Kraft und Konzentration abverlangte. Die vorläufige Abwendung des Streiks ist unzweifelhaft ein Verdienst des Bundeswirtschaftsminister Schiller. Er hat sich in den Konflikt, der lange Schatten wirft, eingeschaltet, und die von mancher Seite ausgestreute Mär wiederlegt, der Professor würde es nicht schaffen und bei beiden Seiten auf eine undurchdringliche Mauer stoßen. Die vorläufige Vereinbarung zwischen den Tarifpartnern der Metallindustrie und dem Bundeswirtschaftsministerium fällt auf das Konto von Schiller, dessen zwingender Argumentation die Tarifpartner ihr Gehör nicht verweigerten. Die letzte Entscheidung liegt freilich noch bei den Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die Öffentlichkeit würde einebeide Seiten zufriedenstellende Regelung gewiß mit Erleichterung aufnehmen; die Hoffnung, daß es dazu kommt, hat durch die bisher erreichte Teileinigung und durch die Bereitschaft der Tarifpartner die Verhandlungen fortzusetzen, neuen Auftrieb bekommen.

+ + +

- 4 -

Griechisches Kaleidoskop

"Wozu brauchen wir Wahlen?" - Unglückliche Botschafter

Kommt der "Nasser Griechenlands" ?

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

"Wahlen? Wozu brauchen wir Wahlen? Haben wir nicht sechs Monate gut ohne Wahlen gelebt?" - Diese in ihren politischen Aspekten höchst bezeichnenden Worte fielen Anfang dieser Woche auf einer Pressekonferenz in Athen, zu der wieder einmal der redselige Hauptakteur der Militärjunta die in- und ausländischen Korrespondenten eingeladen hatte, von Brigadegeneral und Innenminister der Militärregierung Stylianos P a t t a k o s . Bei dieser Gelegenheit erläuterte Pattakos die offizielle Meinung der Junta, daß die Annahme der angekündigten Verfassung durch einen Volksentscheid, der voraussichtlich im Juli 1968 durchgeführt werden soll, noch lange nicht bedeutet, daß auch freie Wahlen folgen werden.

\* \* \*

Diese unverblümete Stellungnahme ist insofern aufschlußreich, als in der vergangenen Woche die Botschafter des Athener Militärregimes in Bonn, Washington und anderen westlichen Hauptstädten den jeweiligen Regierungen ein Memorandum überreichten, das in einem Vier-Punkte-Programm die Vorstellungen der Militärregierung über die "Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie" enthielt. Darin ist die Rede von einer stufenweisen Wiederherstellung der Demokratie

- \* 1. durch die Vorlage eines Verfassungsentwurfes, der bis Mitte
- \* Dezember von einer Juristenkommission erstellt werden soll,
- \* der dann
  
- \* 2. innerhalb eines halben Jahres in einer von der Regierung be-
- \* arbeiteten Form dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden soll
- \* um so
  
- \* 3. eine Grundlage für die Wahl von Abgeordneten für ein neues
- \* Parlament zu haben.

Offensichtlich sah sich die Militärjunta zu diesem Schritt veranlaßt, nachdem die entschiedene Haltung der Verbündeten Griechenlands

in der westlichen Welt die Diktatur immer mehr in die Isolierung trieb. Der beabsichtigte Beruhigungseffekt wurde allerdings durch die aufrichtiger Worte des derzeitigen Innenministers hinfällig.

\* \* \*

In Bonn hatte man sich von Anfang an dem Athener Täuschungsmanöver gegenüber skeptisch gezeigt. Der zurückhaltende Kommentar der Bundesregierung bestand in dem Hinweis auf die jüngste Erklärung des Bundesaußenministers Willy Brandt vor dem Bundestag, in der er seine Sorge wegen der derzeitigen Situation in Griechenland geäußert hatte, da die Prinzipien der Menschlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie eine Frage der Glaubwürdigkeit der europäischen Institutionen seien. In einem Gespräch mit Jungsozialisten in Bayern versicherte kürzlich der Bundesaußenminister, daß der Fall Griechenland ihm sehr am Herzen liege; es komme jedoch nicht darauf an, viel zu reden, sondern es müsse gehandelt werden.

\* \* \*

Noch unbemerkt von der Öffentlichkeit nimmt nach zuverlässigen Informationen aus Griechenland der Diadochenkampf innerhalb der Führungsspitze der Militärregierung scharfe Formen an. Wie verlautet, hat der pro forma zum Regierungschef deklarierte ehemalige Generalstaatsanwalt Konstantin K o l l i a s bereits zweimal dem König seinen Rücktritt angeboten. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es nur noch eine Frage der Zeit und des willkommener Anlasses ist, bis Oberst Papasopoulos, der starke Mann der Militärjunta, alle Zügel in der Hand haben wird. Der "Wasser Griechenlands", wie sich Papasopoulos selbst zu apostrophieren pflegt, hat in den vergangenen Monaten rund 2 000 königstreue Offiziere in die Reserve geschickt oder zwangspensioniert. Es fiel auf, daß von der "nationalen Säuberungswelle" in der Armee, bei der Polizei und in der Verwaltung vor allem jene Persönlichkeiten betroffen wurden, an deren rechtsstaatlicher Loyalität kein Zweifel bestand. Und die Absicht? Auf diese Weise werden alle "subversiven Elemente" entfernt, die einer Alleinherrschaft im Wege stehen könnten. Die Frage ist, ob der König seine systematische Entmachtung resignierend hinnimmt.

\* \* \*

O K T O B E R 1 9 1 7

Zu einem Buch von Georg Scheuer

sp - Unter den vielen Artikeln, Schriften und Analysen, die aus Anlaß des fünfzigsten Jahrestages der russischen Oktoberrevolution veröffentlicht wurden, befindet sich ein Buch von Georg Scheuer (Oktober 1917 - Die Russische Revolution, Verlag J.H.W. Dietz, Nachf. UmbH Hannover), das sich durch seine exakte und konzentrierte Darstellung der historischen Vorgänge auszeichnet. Georg Scheuer spekuliert nicht und verzichtet auch auf Auslegungen jener zahlreichen Möglichkeiten, die sich für die heutige Sowjetunion und die Politik der internationalen Arbeiterbewegung ergeben hätten, wenn im Oktober 1917 dies oder jenes anders sich entwickelt hätte. Besonders bemerkenswert ist das Kapitel in Scheuers Buch, in dem das Echo auf die Oktoberrevolution außerhalb der Sowjetunion dargestellt wird. Auch hier verzichtet Scheuer auf Interpretationen. Er stellt dieses Echo anhand von Tatbeständen und charakteristischen Meinungsäußerungen dar. Kein Wunder, daß er hierbei besonders Rosa Luxemburg zitiert, auf die man sich heute häufig gerade in jenem Teil Deutschlands beruft, der von der kommunistischen SED beherrscht wird. Alles was Rosa Luxemburg 1918 warnend voraussagte, hat sich Punkt für Punkt erfüllt; allerdings in einem Ausmaß, das schließlich im Stalinismus selbst die kühnste Phantasie übertraf. So sagte Rosa Luxemburg z.B.:

- \* "Mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch
- \* das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wah-
- \* len, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungs-
- \* kampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird
- \* zur Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element
- \* bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dut-
- \* zend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem
- \* Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklich-
- \* keit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiter-
- \* schaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den
- \* Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen
- \* einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft - ei-
- \* ne Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats,
- \* sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im bür-
- \* gerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft (das Verschieten
- \* der Sowjet-Kongresse von drei Monaten auf sechs Monate!). Ja noch
- \* weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen
- \* Lebens zeitigen: Attentate, Geislerschießungen usw."

Georg Scheuer hat seinem Buch zahlreiche Quellenangaben und ein übersichtliches Personenregister angefügt, wodurch der Leser ermuntert wird, tiefere Einblicke in das Geschehen des Oktobers 1917 zu gewinnen, als es in einer gestrafften Darstellung der Ereignisse selbst möglich ist.